

Thiel, Thorsten

Book Part — Published Version

Öffentlichkeit, digitale. Zum neuen Strukturwandel der öffentlichen Sphäre

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Thiel, Thorsten (2020) : Öffentlichkeit, digitale. Zum neuen Strukturwandel der öffentlichen Sphäre, In: Heinrich-Böll-Stiftung (Ed.): Stichworte zur Zeit. Ein Glossar, ISBN 978-3-8394-5382-7, transcript Verlag, Bielefeld, pp. 197-210, <https://doi.org/10.14361/9783839453827-017>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/243345>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Öffentlichkeit, digitale

Zum neuen Strukturwandel der öffentlichen Sphäre

Thorsten Thiel

Digitale Öffentlichkeit ist anders. Sie ist emotionalisierter, schneller, polarisierter, turbulenter, fragmentierter, flacher, vielschichtiger oder kommerzialisierter. All diese und viele weitere, zumal oft gegensätzliche Charakterisierungen lassen sich täglich dem öffentlichen Diskurs entnehmen. Einem Diskurs, der sich selbst wiederum vielleicht intensiver als je zuvor mit der ihm eigenen Form und Dynamik auseinandersetzt. Die Überzeugung, dass wir inmitten eines neuerlichen Strukturwandels von Öffentlichkeit stehen, ist insofern weit verbreitet.

Dieser Beitrag wird das Besondere digitaler Öffentlichkeiten näher zu ergründen suchen, um Orientierung im Salat der Adjektive und Prophezeiungen zu verschaffen. Welche Entwicklungen digitaler Öffentlichkeit(en) sind vor allem in Bezug auf Demokratie relevant? Gerade weil der Aufstieg digitaler Technologien zeitgleich mit den andauernden Krisendiskursen um die etablierten Demokratien des Westens sowie einer Konsolidierung von Autokratien und weltpolitischen Umbrüchen erfolgte, liegt es für viele nahe, diese Entwicklungen unmittelbar aufeinander zu beziehen – und die digitale Öffentlichkeit zum Unruheherd zu erklären, der die Demokratie ins Straucheln bringen oder gar verunmöglichen kann. Hier sollte man differenzieren und analysieren, welche Charakteristika digitaler Öffentlichkeit welche Folgen für die Möglichkeit und Form demokratischer Selbstregierung haben. Das ist das zentrale Anliegen dieses Beitrags.

Zunächst aber müssen wir erörtern, welche Entwicklungen gemeint sind, wenn die Rede von der Herausbildung einer digitalen Öffentlichkeit ist. Leicht ist es dabei, den Begriff des Digitalen zu spezifizieren: Dieses ist im hier interessierenden Kontext hinreichend verstanden, wenn man auf den

Einsatz von Verfahren der elektronischen Informationsverarbeitung verweist, die durch die binär codierte Speicherung von Daten, algorithmische Verarbeitungsmöglichkeiten und das Potential zur Vernetzung charakterisiert ist.¹

Doch wann ist eine Öffentlichkeit digital? Seit Beginn des Computerzeitalters, also ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nimmt die digitale Speicherung und Verarbeitung von Daten stark zu. Dramatisch verstärkt hat sich diese Entwicklung mit der weltweiten Adaption des (kommerziellen) Internets seit Mitte der 1990er-Jahre. Information wird nun nicht mehr einfach digitalisiert, sondern entsteht in einem stets schon digitalen Kontext von Kommunikation und Vermessung. Der ursprüngliche Fokus des Internets auf Kommunikation und der Verfügbarmachung von Wissen erweitert sich dabei stetig und wird zugleich emblematisch in den sozialen Netzwerken verdichtet, die eine neue Form kollektiver Vergesellschaftung hervorbringen. Smartphones stellen ab 2008 in diesem Prozess eine weitere revolutionäre Neuerung dar: zunächst, weil sie große Öffentlichkeit und private Interaktion so eng verbinden, dass beides oft in derselben App Platz findet. Aber auch als Sensoren vom Schrittzähler bis zum Geo-Tracking bringen die Geräte neue Möglichkeiten hervor – und dies nicht nur auf Seiten der Benutzer, sondern gerade auch für die Anbieter von Technologien und Diensten, die umfassend Verhalten beobachten und auswerten können. Sie fügen so individuell wie gesellschaftlich umfassende Möglichkeiten der Mustererkennung ein.² Schließlich sind Smartphones auch eine Instanz in der Tendenz, alle gesellschaftlichen Räume digital zu augmentieren. Sie ergänzen immer weiter verbreitete Sensoren von Kameras bis hin zu Sprachassistenten oder »Wearables«, dem Internet der Dinge.³

Diese kurze und natürlich unvollständige Rekonstruktion zentraler Entwicklungen digitaler Öffentlichkeit zeigt, dass diese keine einheitliche Kategorie darstellt. Sie meint zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliches, und sie lässt sich daher auch nicht einfach von analoger Öffentlichkeit absetzen. Die heute durchgesetzte digitale Öffentlichkeit ist weit mehr als das Internet mit seiner Wissens- und Kommunikationsinfrastruktur. Sie hat in entwickelten westlichen Demokratien eigentlich kein Außen mehr, ist also kein irgendwie abgetrennter *Cyberspace* oder *Online*-Zustand, sondern sie durchwirkt alle Arten, wie öffentlich kommuniziert und interagiert wird.⁴ Digitale Öffentlichkeit verweist daher auf umfassende Praktiken der gesellschaftlichen Selbstorganisation, die aktiv und passiv, sichtbar und un-

sichtbar, politisch und privat ausgeübt werden. Gerade in dieser Melange unterscheiden sie sich performativ wie strukturell erheblich von allen vorangegangenen Öffentlichkeitsformationen.⁵

Digitale Öffentlichkeit als neue Ausgangslage: Many to many

Die soziotechnisch durchgesetzte Realität digitaler Öffentlichkeit in ihrer heutigen Form ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, darin vor allem die unmittelbar veränderte Möglichkeit direkter wechselseitiger Interaktion, die sogenannte Many-to-many-Kommunikation, die es möglich macht, von jedem Punkt im Netzwerk mit einem offenen, potentiell unbegrenzten Adressatenkreis in Kontakt zu treten. Digitale Kommunikationstechnologien erlauben hierbei nicht nur eine enorme Erhöhung der Reichweite durch das Absenken der Transaktionskosten, sondern sie bewirken aufgrund weiterer Eigenschaften digitalisierter Kommunikation neue gruppenbezogene Interaktionsformen, die ein enormes Anwachsen kommunikativer Komplexität zur Folge haben.⁶ Zu diesen Eigenschaften zählen die Möglichkeit synchronen wie asynchronen Kommunizierens, algorithmische Verarbeitungsmöglichkeiten (etwa Suchfunktionen) oder Tools zur visuellen Unterstützung des Kommunikationsverhaltens (vom »Like«-Daumen und Hashtag über Emoticons bis hin zum Doodle).

Die durch diese Eigenschaften erhöhte kommunikative Komplexität kann dabei nur wachsen, weil sie zugleich auch wieder und wieder gebändigt wird. Es gilt, Anschlussmöglichkeiten herzustellen, Zusammenhänge zu visualisieren und Optionen zu priorisieren, Pluralität also zugleich zu begünstigen und wieder zu integrieren – das zentrale Prinzip etwa der *Feeds*. Wir leben insofern im Zeitalter des »communicative plenty«⁷, einer Situation, in der jeder und jedem jederzeit sehr viele Möglichkeiten der Fortführung oder Initiierung von Kommunikationen offenstehen und wir daher permanent gezwungen sind, unser Kommunikationsverhalten zu reflektieren, zu rechtfertigen oder zu modifizieren. Zwei Aspekte des Kontexts der Many-to-many-Kommunikation werden dabei politisch besonders relevant: die veränderten Möglichkeiten der kollektiven Handlungskoordination und die Umstellungen, die sich für die etablierte massenmediale Kommunikationsinfrastruktur ergeben.

In Bezug auf die Möglichkeiten kollektiver Handlungsorganisation ist das von Alexandra Segerberg und Lance Bennett⁸ geprägte Konzept der »connective action« die eingängigste Weise, sich den veränderten Möglichkeiten zu nähern. Konnektives Handeln unterscheidet sich von kollektivem Handeln, insofern es ohne die für letzteres notwendige organisationale Zentralisierung auskommt. Möglich ist dies, da der Angebotscharakter digitaler Technologie dezentral inspiriert, Handlungszusammenhänge fortführt und einzelne Handlungsakte symbolisch auflädt und/oder technologisch verbindet, wie es etwa an Formen des Hashtag-Aktivismus von #aufschrei über #blacklivesmatter bis #unteilbar deutlich wird. Die für die Erzeugung kommunikativer Reichweite notwendigen Ressourcen sind in den Plattformen für die Handelnden gespeichert. Das ermöglichte konnektive Handeln bewirkt eine deutliche Veränderung und Ausweitung des Handlungsrepertoires, das durch soziale Bewegungen, aber eben auch einzelne Individuen kreativ und für die verschiedensten Zwecke genutzt werden kann.⁹

Die veränderten Möglichkeiten, gruppenbezogen und komplex zu handeln, sollten dabei nicht selbst normativ bewertet werden. Zum einen, weil konnektives Handeln nicht verdrängend wirkt, sondern zumeist komplementär zu anderen »klassischen« Formen der Ansprache, Mobilisierung oder Koordinierung steht. Jede dieser Handlungsweisen ist durch distinkte Vor- bzw. Nachteile charakterisiert, die Entscheidung für konnektive Handlungsformen insofern immer auch eine strategische. Zum anderen aber auch, weil die unmittelbare Bewertung neuer Vernetzungsformen irreführend ist – und dies unabhängig davon, ob diese ermächtigend¹⁰ oder entleerend¹¹ gedeutet werden. Es sind nicht allgemeine Effekte in Bezug auf die Mobilisierungskraft, die die politische Bedeutsamkeit der Handlungsform ausmachen. Die Bedeutung von Organisationsformen erschließt sich erst in deren kreativer Nutzung durch Akteure an den konkreten Schnittstellen zur etablierten Politik. Dies erklärt auch, wieso sich die Nutzung konnektiven Handelns von der Organisation politischen Protests zunehmend auf weitere Felder ausgeweitet hat, im politischen Feld etwa auf die Selbstorganisation politischer Parteien.¹²

Die zweite viel diskutierte und unmittelbar mit der Etablierung von Many-to-many-Kommunikation einhergehende Entwicklung ist die nachhaltige Veränderung der Rolle und Bedeutung von Massenmedien. In einem Kontext, in dem Reichweite abhängig ist von infrastruktureller Kontrolle und umfassenden finanziellen und personellen Ressourcen, stellt Gatekee-

ping nicht nur einen Fakt dar, sondern wird auch zum Ankerpunkt für demokratische Kontrolle. Gerade weil es zentrale Medieninstanzen und einen professionellen Journalismus gibt, lassen sich an diese Instanzen rechtliche und ethische Normen adressieren. In der digitalen Konstellation enden diese spezifischen organisationalen – sowie auch andere, etwa habituelle oder konzeptuelle – Gewissheiten.¹³ Wie schon in Bezug auf das kollektive Handeln entsteht stattdessen eine Situation der Überlagerung. Keineswegs ist es so, dass Ressourcen und etablierte Machtpositionen nicht mehr zählen, aber durch die allumfassende technologische Mediatisierung werden neue Strategien eröffnet, gesellschaftsweite Aufmerksamkeit zu erreichen – das prototypische Beispiel hierfür ist die Kommunikationsstrategie Donald Trumps. Es ist hierbei nicht so, dass, wie in den 1990er-Jahren angenommen, die Horizontalität von Netzwerken als solche den Unterschied macht. Was sich vielmehr ändert, sind die Akteure und Logiken des *Gatekeepings*. Plattformen und Algorithmen stellen andere Formen der Implementierung von Zugangssteuerung dar: Formen, die weniger fokussiert sind auf die Möglichkeit der Produktion und Zirkulation von Inhalten. Stattdessen wird – zumindest im gegenwärtigen Plattformkapitalismus – die Verstärkung zentral, die je nach Kontext durch kleinere Gemeinschaften, Strategien, Technologien oder ökonomische Determinanten hervorgebracht werden kann und die zudem im Wechselspiel der neuen und der klassischen Medien erheblich verstärkt wird.¹⁴

Die so entstehende kommunikative Grundsituation ist unübersichtlicher und dynamischer, sie bewirkt gleichermaßen, dass Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten vielseitiger und umfassender werden, dass sich der affizierend-emotionale Gehalt von Kommunikation erhöht und das Vertrauen in Medienquellen und -formate verringert. So erfordert sie von allen Teilen der Gesellschaft in Bezug auf Artikulation wie Rezeption ein ständiges Lernen und Anpassen.

Die Besonderheit digitaler Kommunikation: Datafizierung

Während die Veränderung von Kommunikation im digitalen Kontext und die Wirkung auf die mediale Verfasstheit von Gesellschaft seit den frühen Tagen des Internets unmittelbar erfahren und mit großer Vehemenz diskutiert werden, sind andere Aspekte der digitalen Veränderung erst in jüngerer

Zeit verstärkt in den Blick geraten. Für die zweite hier zu thematisierende Dimension des digitalen Strukturwandels von Öffentlichkeit ist dann auch weniger die Vernetzung und die Verschiebung von Handlungsmöglichkeiten oder medialen Strukturen relevant, sondern die *Datenform digitaler Kommunikation* selbst. Die zunehmende Ubiquität des digitalen Formats bewirkt, dass nicht nur jedwedes digitales Handeln, sondern damit auch unser Verhalten und zunehmend ebenso unser nicht-digitales Sein in Datenform erfasst, abgebildet, gespeichert und damit auch analysierbar gemacht wird. Beobachtungsdaten – unabhängig davon, ob personenbezogen, umweltfassend oder synthetisch aus Aggregaten gebildet – stellen ein Korrelat dar, das vorzuhalten und zu nutzen aufgrund vieler Anreize für viele Akteure plausibel erscheint – und das aufgrund der technologischen Entwicklung weder in Bezug auf Speicherung noch auf Auswertbarkeit engen Begrenzungen unterliegt.¹⁵

Der stete Fluss von Daten über Kommunikation etwa bewirkt, dass die oben beschriebenen sozialen Netzwerke nicht nur Infrastrukturen der Kommunikation, sondern immer zugleich auch Infrastrukturen der Verhaltensbeobachtung sind. Dass dies einen politischen Effekt hat, ist durch die Schlaglichter der Snowden-Enthüllungen und die Debatten um Wahlen und Wahlbeeinflussung der Datenanalysenfirma *Cambridge Analytica* grell ins Bewusstsein geraten. Für den hier interessierenden Kontext des digitalen Strukturwandels sind aber nicht nur solche relativ klaren Szenarien des Missbrauchs von Datenmacht relevant, sondern auch Modalitäten, die auf den ersten Blick unspektakulärer wirken, digitale Öffentlichkeit aber umfassend prägen: Identifizierbarkeit etwa oder die Möglichkeit einer individuellen Steuerung von Aufmerksamkeit.

Dass Identifizierbarkeit zum Thema wird, überrascht zunächst. Ursprünglich wird das Digitale schließlich mit einem Effekt der Distanzierung und der Anonymisierung in Verbindung gebracht – »On the Internet, nobody knows you're a dog« wie es in einer berühmten, schon 1993 von dem Karikaturisten Peter Steiner im New Yorker veröffentlichten Karikatur hieß. Pseudonymisierung als Effekt digitaler Kommunikation, wie sie sich etwa in einer IP-Adresse oder einem digitalen Datendouble realisiert, führt oft dazu, dass Identitäten im Internet als fluid, multipel und unernst wahrgenommen werden. Und trotzdem ist die heutige digitale Öffentlichkeit weit stärker durch eine permanente und tiefe Identifizierbarkeit gekennzeichnet, als es Öffentlichkeiten bis in die 2000er-Jahre hinein je sein konnten. Die

Ursache hierfür ist erstens im technischen Vermögen zur Identifizierung zu suchen, also in der Datenförmigkeit, die eine Musteranalyse und darüber Adressierbarkeit erlaubt. Der Name einer Person ist eben nur *eine* Möglichkeit, Identifikation herzustellen und Handlungsweisen über Zeit zuzuordnen. Andere Faktoren – von der Lokalisierung bis zur Verhaltensanalyse – sind aber oft ähnlich genau und lassen sich automatisiert und auch retrospektiv verwenden. Anonymität, die oft als Nebenprodukt der Verdichtung moderner Massengesellschaften beschrieben wurde, wird so zum unsicheren Gut. Sie im Handeln anzunehmen, wird zum Wagnis, was – sogar unabhängig von der tatsächlichen Zuordnenbarkeit – Effekte auf politisches Handeln und Sprechen innerhalb einer Gesellschaft hat. Zweitens ist die Zahl potentiell an Identifizierung und Zuordnung interessierter Akteure deutlich gestiegen. Dass nicht mehr nur der Staat Interesse an eindeutiger Zuordnung und Rückverfolgung hat, sondern gerade private Unternehmen ihre Geschäftsmodelle auf Datensammlung fokussieren, webt ein dichtes Netz von Identifizierungsmechanismen in die digitale Öffentlichkeit – und dies schon bevor Videos, Sensoren und Bildanalysen in ihrer Wirkung auf den physischen Raum bedacht werden. Gerade die vertikale Anonymität – also die Anonymität gegenüber ressourcenstarken Akteuren – ist im Verschwinden begriffen. Dies prägt die Interaktionen und Machtstrukturen der heutigen digitalen Öffentlichkeit.¹⁶

Ein weiterer Effekt umfassender Datafizierung liegt in der adaptiven und teilweise bewusst manipulativen Struktur, die sich entwickelt, wenn Öffentlichkeit nicht mehr als diffuse Ansammlung sich koordinierender Individuen begriffen wird, die allein kollektiv anzusprechen ist (*die* Öffentlichkeit), sondern als eine in ihrer hohen Desaggregation klassifizierbare Nicht-Einheit, die aus tendenziell reaktiven Teilmengen permanent (neu-)gebildet wird. Die in Big-Data-Analysen zutage tretende Musterhaftigkeit von Gesellschaft¹⁷ stellt hierbei die Grundlage für neue Visionen einer Sozialphysik dar.¹⁸ Nicht der Umstand, dass Gesellschaft durch Beeinflussung erreichbar ist und zu erreichen versucht wird, ist neu, sondern dass dies in einer Weise erfolgt, die stark personalisiert ist. Datafizierung verbindet sich hier mit Automatisierung und der kybernetischen Vision eines selbstregulierenden Systems. Während auf der Seite der zu Beeinflussenden dabei empirisch zunächst einmal offen bleibt, ob diese Ansprache tatsächlich erfolgreich ist, verändert sich auf der Seite derer, die auf Öffentlichkeit einzuwirken versuchen, definitiv das Bild des Gegenübers. Der Glaube an die Effektivität tech-

nologischer Manipulation bewirkt nicht nur anhaltende Versuche, dies zu tun, sondern auch eine fortschreitende Ausweitung der Datensammlung.¹⁹

Mit diesen zwei Modalitäten (Many-to-many-Kommunikation und Datifizierung) und den daraus hervorgehenden Entwicklungen wollen wir es zunächst belassen, da deutlich geworden sein dürfte, dass digitale Öffentlichkeit in ihrer heute herausgebildeten Form tatsächlich ein stark verändertes Handlungs- und Kommunikationsumfeld bietet. Auf einer methodischen Ebene hat sich gezeigt, dass die digitale Konstellation am besten als Zusammenspiel von mindestens drei Ebenen zu rekonstruieren ist: der Ebene – im engeren Sinne – technologischer Eigenschaften, der Ebene des sich entwickelnden gesellschaftlichen Möglichkeitshorizontes und schließlich der Ebene soziotechnischer Struktur, die aus dem Zusammenspiel technologischer mit gesellschaftlichen, ökonomischen oder auch politischen Entwicklungen erwächst.²⁰

Digitale Öffentlichkeit und Demokratie

Auf dieser Grundlage wollen wir nun systematisch die Auswirkungen digitaler Öffentlichkeit auf die Form und die Möglichkeit von Demokratie betrachten. Zwei Fragen sind dabei hilfreich, um die relativ leerlaufende Aufzählung von Chancen und Risiken zu vermeiden – und die Ambivalenz des Strukturwandels präziser zu fassen: Was bedeuten die aufgezeigten strukturellen Veränderungen für die demokratische Selbstbestimmung? Welche Möglichkeiten haben starke Demokratien, den anhaltenden Strukturwandel von Öffentlichkeit zu gestalten?

Zur ersten Frage ist eingangs festzuhalten, dass eine Auseinandersetzung mit Digitalisierung und Demokratie den Strukturwandel nicht als eine von außen auf Demokratie wirkende Kraft modellieren sollte. Vielmehr sind beide Seiten der Gleichung in den Blick zu nehmen; es gilt auch über Demokratie nachzudenken. Normativ ist Demokratie auf ein stetes Werden hin ausgelegt, sie ist ein Versprechen von Partizipation, von Gleichheit und von Freiheit; institutionell ist sie zugleich vielgestaltig und veränderungsoffen. Der digitale Strukturwandel von Öffentlichkeit gefährdet insofern nicht *die* Demokratie, er kreiert vielmehr Impulse für deren Formwandel. Ein Analysieren der Demokratie als mediatisierte Demokratie muss diese Impulse nachzeichnen, deren Polyvalenz als Entwicklungshorizonte verstehen und

darauf eingehen, wie die sich entfaltende Kontingenz selbst wieder institutionell und demokratisch bearbeitet werden kann.²¹

Hierfür ist zunächst zentral, die Bedeutung von Öffentlichkeit für die Demokratie zu ermitteln. Während es ein Allgemeinplatz ist, dass demokratische Öffentlichkeit(en) ein zentrales Kennzeichen der Demokratie sind, sagt die Demokratietheorie selbst nämlich erstaunlich wenig zu Form und Voraussetzungen dieser Öffentlichkeit(en). Zwei Argumentationen lassen sich auseinanderhalten: Da ist einmal die liberal inspirierte Argumentation für eine grundrechtlich gesicherte Öffentlichkeit. In dieser liegt der Fokus auf Ausdrucksrechten; und die Funktionserwartung an Öffentlichkeit ist, dass in ihr individuelle Freiheit als expressive Freiheit realisiert wird und dass es möglich wird, Mehrheitsmeinungen zu identifizieren und innerhalb des institutionellen Systems der Demokratie zu artikulieren. Auf der anderen Seite stehen an partizipatorischen und deliberativen Demokratietheorien erarbeitete Modelle, die auf übergreifende Funktionen von Öffentlichkeit abstellen, wie die Produktion von Solidarität oder die Transformation und Inklusion von Meinung(en) im öffentlichen Diskurs.²²

Welche Impulse erzeugt diesbezüglich der digitale Strukturwandel? Aus der liberalen Perspektive sticht zunächst das Mehr an Ausdrucksmöglichkeiten hervor. Oben wurden bereits Veränderungen in Bezug auf die Initiierung und Organisation kollektiven Handelns sowie die Strukturierung von Öffentlichkeit beschrieben. In beiden Hinsichten erscheint Digitalisierung unmittelbar relevant und zunächst einmal chancenreich. Wie oben aber auch bereits angeführt, ist die einfache Ableitung von allgemeinen Handlungspotentialen sogleich zu hinterfragen, da technische Mediatisierung nicht gradlinig die Wirkmächtigkeit der Individuen erhöht. Weder bewirken digitale Technologien, dass alle gleichermaßen gehört werden, noch bringen sie Machtasymmetrien zum Verschwinden. Diese werden vielmehr rekonfiguriert und zumindest teilweise – Stichwort: algorithmische Sortierung – invisibilisiert. In welchem Verhältnis die Momente des *Empowerment* und neue Machtstrategien oder -akteure stehen, ist der bekannte Gegenstand der Chancen-Risiken-Diskurses, über den wir hier jedoch hinausgehen wollen. Die oben vorgeschlagene Differenzierung erlaubt es etwa, die Betrachtung über unmittelbar an Handlungsmöglichkeiten orientierte Effekte auszudehnen: Eine Entwicklung digitaler Öffentlichkeit(en) mit Bedeutung für ein liberales Demokratieverständnis heißt dann beispielsweise, dass die Art und Weise, wie Politik Wissen über die Bürger erlangt, sich

verändert. Im digitalen Kontext sind hierfür eben nicht nur Delegation (wie Wahlen), Austausch – von bittend (Petition) bis fordernd (Protest) – oder Befragungen relevant. Vielmehr entsteht durch die permanente Datensammlung und die Kombinierung unterschiedlichster und eben nicht zu diesem Zweck erzeugter Datenquellen ein unmittelbar abrufbares und unendlich reinterpremierbares Wissen über die Öffentlichkeit. Dieses registriert nicht nur aktive Handlungen oder geäußerte Ansichten, sondern bildet eine Vielzahl impliziter Faktoren und auch Verhaltensweisen ab, etwa die Reaktion auf bestimmte Stimuli. Problematisch ist hierbei nicht nur, inwiefern dieses *Demos scraping* adäquat ist, sondern vor allem auch, wie sich vor dem Hintergrund eines solchen Wissens Demokratie als Akt des Austauschs verändert.²³

Wechselt man die Perspektive und schaut mit der Erwartungshaltung von partizipatorischen und deliberativen Theorien auf den Strukturwandel, verändert sich die Einschätzung nochmals: In dieser Perspektive ist zentral, dass in einer Demokratie eine gruppenübergreifende Kommunikation und daraus folgend eine gemeinsame Identität erzeugt wird. Die mediale Infrastruktur wird hier also zuvorderst ob ihrer Integrationsleistung bewertet, welche aber nicht (oder zumindest nicht nur) aktiv als Rückkanal, sondern auch – gewissermaßen passiv – als vermittelnd und erklärend gedacht wird.²⁴

Im Hinblick auf diese Kapazität ist die Ausgangsdiagnose in der digitalen Konstellation oft negativ: Digitalisierung wird als Verstärkung zentrifugaler Kräfte angesehen, sie befördere die Bildung von Blasen und bewirke, dass »konkurrierende öffentliche Meinungen, die für die Bevölkerung im Ganzen repräsentativ sind, [sich] nicht mehr ausbilden können. Die digitalen Öffentlichkeiten würden sich dann *auf Kosten* einer gemeinsamen und *diskursiv gefilterten* politischen Meinungs- und Willensbildung entwickeln.«²⁵ Eine Diagnose in dieser Richtung stellt heraus, dass die Herausforderung für den demokratischen Prozess in Polarisierungsdynamiken besteht, da die Vervielfältigung der Sprecherpositionen mit Turbulenzen einhergeht.²⁶ Die Ursachen sind dabei nicht – wie bei Habermas noch sehr stark gemacht – in technologischen Eigenschaften zu verorten,²⁷ sondern eher in sozioökonomischen Bedingungen wie der Aufmerksamkeitsökonomie oder in politischen Strategien wie dem Populismus, der geschickt den Angebotscharakter sozialer Medien nutzt.²⁸

Denkt man Integration nicht gesellschaftsüberspannend, sondern partiell und dynamisch, tritt das hohe performative Moment von Öffentlichkeit(en) in der digitalen Konstellation hervor. Diesen stehen im Kontext der digitalen Konstellation andere Möglichkeiten zur Verfügung, situativ zu handeln und Koalitionen zu bilden.²⁹ Dies unterstreicht: nicht allein im summarischen Nachvollziehen der Öffentlichkeitsentwicklung liegt die analytische Aufgabe der Demokratietheorie, sondern darin, diesen Formwandel als Möglichkeitsraum zu reflektieren, in dem gleichzeitig verschiedene Kräfte angelegt sind, die gezielt verstärkt oder gedämpft werden können. Die Realisierung der Potentiale ist dabei nicht alleine eine Frage von Tools, sondern kann auch darin bestehen, Demokratie institutionell zu entwickeln, so dass sie vom Setting profitiert, dieses stabilisiert und reflexiv zugänglich macht.³⁰

Öffentliche Infrastruktur und Verwaltung von Daten

Und damit ist die Vorlage bereit, den letzten der hier zu behandelnden Punkte noch kurz anzureißen: die Frage, welche Möglichkeit(en) Demokratien haben, dem digitalen Strukturwandel von Öffentlichkeit zu begegnen. Zwei Kurzschlüsse sollten vermieden werden: Einmal, direkt aus der Art der Herausforderung die Lösung abzuleiten, also etwa das Digitale zu verwerfen ob seiner demokratischen Risiken.³¹ Zum Zweiten, das Digitale als unregulierbar zu erklären, da es eine technologische, zumal globale Kraft sei, welche sich politischer Reaktionsmöglichkeiten entziehe. Beide Argumente unterschätzen, wie sehr Digitalität eine gesellschaftliche, kollektive Praxis ist und eben nicht nur die Nutzung bestimmter Artefakte meint.

Die digitale Konstellation – und dies war ja der Tenor des ganzen Beitrags – ist gestaltbar, sie bietet sogar eine Vielzahl von Ansatzpunkten, eben weil sie auf soziale, ökonomische und politische Realitäten zurückgeht und diesen verhaftet bleibt. Das hochdynamische Umfeld der digitalen Konstellation und ihrer enorm pluralistischen Öffentlichkeit(en) aber lässt sich besser gestalten, wenn Politik in Bezug auf sie nicht nur reaktiv und verhin-dernd konzipiert wird. Eine Konzentration auf die Probleme des Tages (*Fake News* oder *Hate Speech* etwa) hat ihren Wert, kann aber immer nur Teil der Lösung sein. Die eigentliche Gestaltung der Digitalisierung erfordert, positive Anreize zu setzen und demokratisch zu formulieren, was Öffentlichkeit

kann und braucht. Hierfür bedarf es eines weiten, auch institutionellen Ansatzes, der die Funktionen, die Öffentlichkeit für die Demokratie hat – im liberalen wie im deliberativ-partizipativen Sinn –, unter Rückgriff auf digitale Potentiale auszugestalten versucht.³² Dies kann etwa heißen, ein neues Verständnis des Systems der Plattformen als öffentlicher Infrastruktur zu etablieren;³³ es kann auch bedeuten, neue Formen der Verwaltung von Daten durchzusetzen, z.B. öffentliche Data Trusts;³⁴ oder es kann meinen, den öffentlich-rechtlichen Journalismus im digitalen Kontext neu zu erfinden.³⁵

Anmerkungen

- 1 Klaus Lenk: Die neuen Instrumente der weltweiten digitalen Governance, in: *Verwaltung & Management*, 22 (5), 2016, S. 227-240.
- 2 Adam Greenfield: *Radical Technologies: The Design of Everyday Life*, London/New York 2017.
- 3 Anna-Verena Nosthoff/Felix Maschewski: *Die Gesellschaft der Wearables. Digitale Verführung und soziale Kontrolle*, Berlin 2019.
- 4 Luciano Floridi: *The Onlife Manifesto. Being Human in a Hyperconnected Era*, 2015, DOI 10.1007/978-3-319-04093-6, zuletzt aufgerufen am 20.03.2020.
- 5 Felix Stalder: *Kultur der Digitalität*, Berlin 2016.
- 6 Christoph Neuberger: Die Rückkehr der Masse. Interaktive Massenphänomene im Internet aus Sicht der Massen- und Komplexitätstheorie, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 65 (3), 2017, S. 550-572.
- 7 Selen A. Ercan/Carolyn M. Hendriks/John S. Dryzek: Public Deliberation in an Era of Communicative Plenty, in: *Policy & Politics*, 47 (1), 2019, S. 19-36.
- 8 W. Lance Bennett/Alexandra Segerberg: *The Logic of Connective Action: Digital Media and The Personalization Of Contentious Politics*, Cambridge 2014.
- 9 Jennifer Earl/Katrina Kimport: *Digitally Enabled Social Change: Activism in the Internet Age*. Cambridge, London 2011; Zeynep Tufekci: *Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest*, New Haven/London 2017.
- 10 Ethan Zuckerman: New Media, New Civics? In: *Policy & Internet*, 6 (2), 2014, S. 151-168.
- 11 Malcolm Gladwell: Small Change: Why the Revolution Will Not Be Tweeted. *The New Yorker*, 2010, <https://www.newyorker.com/magazine/2010/10/04/small-change-malcolm-gladwell>, zuletzt aufgerufen am 27.07.2020.
- 12 W. Lance Bennett/Alexandra Segerberg/Curd B. Knüpfer: The Democratic Interface: Technology, Political Organization, and Diverging Patterns of Electoral Representation, in: *Information, Communication & Society*, 21 (11), 2018, S. 1655-1680; Paolo Gerbaudo: *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*, London 2019.

- 13 W. Lance Bennett/Barbara Pfetsch: Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres, in: *Journal of Communication*, 68 (2), 2018, S. 243-253.
- 14 Konrad Lischka/Christian Stöcker: Digitale Öffentlichkeit – Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen, Gütersloh 2017.
- 15 Lena Ulbricht/Sebastian Haunss et al.: Dimensionen von Big Data: Eine politikwissenschaftliche Systematisierung, in: Kolany-Raiser et al. (Hg.), *Big Data und Gesellschaft*, Wiesbaden 2018.
- 16 Thorsten Thiel: Anonymität und Demokratie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30 (2), 2017, S. 152-161.
- 17 Armin Nassehi: *Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft*, München 2019.
- 18 Alex Pentland: *Social Physics: How Social Networks Can Make Us Smarter*, New York 2015.
- 19 Nick Couldry/Ulises A. Mejias: Data Colonialism: Rethinking Big Data's Relation to the Contemporary Subject, in: *Television & New Media*, 20 (4), 2019, S. 336-349.
- 20 Sebastian Berg/Niklas Rakowski/Thorsten Thiel: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2020, <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6>.
- 21 Jeanette Hofmann: Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive. In: Hofmann et al. (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft*, Bielefeld 2019; Albert Ingold: Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten, in: *Der Staat*, 56 (4), 2017, S. 491-533.
- 22 In beiden Argumentationsrichtungen muss für den ganz überwiegenden Teil der Forschungsliteratur allerdings gelten, dass diese ihren Gegenstand allein in Hinblick auf die politisch-rechtliche Rahmung diskutiert, die mediale Infrastruktur öffentlicher Diskussion, jenseits rahmender Klischees der steten Beschleunigung und kognitiven Überforderung, eigentlich nicht vorkommt. Differenzierend: Renate Martinsen: Öffentlichkeit in der »Mediendemokratie« aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien, in: Marcinkowski/Pfetsch (Hg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2009, S. 37-69; Claudia Ritzi: Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung, in: Hofmann et al. (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft*, Bielefeld 2019, S. 61-82.
- 23 Lena Ulbricht: Scraping the demos. Digitalization, web scraping and the democratic project, in: *Democratization*, 27 (3), 2020, S. 426-442; Nadia Urbinati: Judgment Alone: Cloven Citizenship in the Era of the Internet, in: Dario Castiglione/Johannes Pollak (Hg.), *Creating Political Presence: The New Politics of Democratic Representation*, Chicago 2019.
- 24 Jürgen Habermas: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Ach, Europa. Frankfurt a. M. 2008, S. 138-191.
- 25 Jürgen Habermas: Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression, in: *Leviathan*, 48 (1), 2020, S. 7-28.
- 26 Helen Margetts/Peter John/Scott Hale/Taha Yasseri: *Political Turbulence: How Social Media Shape Collective Action*, Princeton 2015.

- 27 Jan Philipp Rau/Sebastian Stier: Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 13, 2019, S. 399-417.
- 28 Jessica Baldwin-Philippi: The Technological Performance of Populism, in: *New Media & Society*, 21 (2), 2019, S. 376-397.
- 29 Andreas Antić: Digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation: Zur Aktualität des demokratischen Experimentalismus von John Dewey, Potsdam 2018; Jens Kersten: Schwarmdemokratie. Der digitale Wandel des liberalen Verfassungsstaats, Tübingen 2017.
- 30 Thomas Vesting: Die Veränderung der Öffentlichkeit durch künstliche Intelligenz, in: Sebastian Unger/Antje von Ungern-Sternberg (Hg.), *Demokratie und künstliche Intelligenz*, Tübingen 2019.
- 31 Frank Schirrmacher: *Technologischer Totalitarismus*, Frankfurt a.M. 2015.
- 32 Mireille Hildebrandt: The Public(s) Onlife. In: Floridi, Luciano (Hg.), *The Onlife Manifesto. Being Human in a Hyperconnected Era*, 2015, <https://doi.org/10.1007/978-3-319-04093-6>.
- 33 José van Dijck/David Nieborg/Thomas Poell: Reframing platform power, in: *Internet Policy Review*, 8 (2), 2019; Johannes Hillje: *Plattform Europa*, Bonn 2019.
- 34 Aline Blankertz: *Designing Data Trusts*, Berlin 2020, <https://www.stiftung-nv.de/en/publication/designing-data-trusts-why-we-need-test-consumer-data-trusts-now>, zuletzt aufgerufen am 27.07.2020.
- 35 Ethan Zuckerman: *The Case for Digital Public Infrastructure*, New York 2020, <https://knightcolumbia.org/content/the-case-for-digital-public-infrastructure>, zuletzt aufgerufen am 27.07.2020.